

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 1.80 M., vierteljährlich 5.40 M., halbjährlich 10.80 M., jährlich 21.60 M., ohne Post. Durch die Post monatl. 2.20 M., vierteljährlich 6.60 M., halbjährlich 13.20 M., jährlich 26.40 M., ohne Post. Das Bestellgeld wird von den Zeitungsbesitzern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Rindfleischstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreis: Die 42 mm breite Kolonne jeile 0.25, die 90 mm breite Kolonne jeile 0.40; außerhalb: 75 Pf. je Zeile. 6-12. Ausland 2.— je Zeile. 6-12. Robert H. Tarr. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 228

Montag, 17. Mai 1920.

74. Jahrgang

Ein Beutegriff der Mehrheitsparteien in die Reichsstafie.

Es ist einer Enthüllung zu danken, daß die Mehrheitsparteien, ehe sie vom parlamentarischen Schauplatz zurücktreten, ihr Bild noch einmal in voller Glorie zeigen. In der Presse wird ein vertrauliches Protokoll veröffentlicht, das über eine Sitzung der Reichszentrale für Wahlpropaganda abgefaßt worden ist. In dieser Zentrale hat sich eine Sachabteilung für die Wahlpropaganda gebildet und am 21. April beschlossen, auf Grund eines Kostenvorschlags vom Reich 10 Millionen Mark für die Wahlpropaganda auszugeben. Dieser Bescheid ist dem Reichsminister David übergeben und die Forderung, wie man als selbstverständliches annehmen muß, im Reichstag erfüllt worden. Es handelt sich bei diesem Komplotz um eine rein parteimäßige Interessenvertretung. Nach dem Protokoll sind in der erwähnten Sachabteilung für die Wahlpropaganda die Mehrheitsparteien, das Zentrum und die Demokraten vertreten. Die geforderten, aus Reichsmitteln sicher auch bewilligten 10 Millionen Mark dienen also der Wahlpropaganda der Mehrheitsparteien. Wie sollen sie verwendet werden? Wie das Protokoll im einzelnen ausweist, werden die aus Reichsmitteln flüssig gemachten Mittel auf den verschiedensten Wegen auf die Mühe der drei Koalitionsparteien geleitet. Es wird ein Wahlkampfplan herausgegeben, es werden Vorträge gehalten, es werden Broschüren verbreitet (darunter eine, die offenbar bestimmt ist, Herrn Erzberger rein zu waschen), es werden die einzelnen Verhältnisse einer besonderen Bearbeitung unterzogen, es werden Plakate herausgegeben, es wird eine ausgedehnte Wahlpropaganda betrieben und es wird die Unterhaltungs- und Presse als ein Mittel in Rechnung gestellt, durch das man unauffällig und deshalb besonders wirksam die Parteimeinung der Regierungskoalition unter die Leute bringen kann. Wenn dieser großangelegte Mechanismus während des Wahlkampfes in Bewegung gehalten werden soll, so werden sicher am Wahltag die zehn Millionen bis auf den letzten Pfennig aufgebracht sein. Es ist sogar wahrscheinlich, daß noch Nachforderungen an die Reichsstafie gestellt werden müssen.

Bisher hat die Regierungspresse und die Regierung an diesem Skandal völlig geschwiegen. Das ist erklärlich. Denn es muß eine derartige Bloßstellung besonders für Parteien peinlich sein, die sich anmaßen, über die Finanzierung der Oppositionsparteien herrschend zu Gericht zu sitzen. Selbstverständlich tragen auch die Regierungsparteien nicht einen Augenblick Bedenken, von wirtschaftlichen Interessengruppen Geld für Wahlzwecke zu nehmen. Ja, sie bemühen sich sogar sehr eifrig darum. Daneben aber haben sie noch ein besonderes Monopol: Sie greifen in einer geradezu skrupellosen Weise für ihre Parteizwecke in die Taschen der Steuerzahler. Es ist klar, daß sie sich dadurch einen außerordentlich großen Vorteil verschaffen. Die zehn Millionen Mark und mehr, die die Koalitionsparteien aus Reichsmitteln für ihre Wahlzwecke anfragen können, geben ihrer Propaganda ein außerordentlich großes Übergewicht. Es ist kein Kampf mit gleichen Waffen, wenn die nicht an der Regierung beteiligten Parteien auf verbotsweltliche Weise geringe Summen angewiesen sind, während die Regierungsparteien mit vollen Händen Millionen aufwenden können. Diese Uebervorteilung ist umso gewisser, als schon jetzt feststeht, daß die sogenannten Mehrheitsparteien die Mehrheit des Volkes nicht mehr hinter sich haben. Es ist also tatsächlich so, daß eine von der Wählermehrheit nicht gedeckte parlamentarische Elite Steuergeulder verpulvert, um einen Wahlkampf nach amerikanischem Muster führen zu können. Dieses Bild paßt völlig in das Bild eines rein parteimäßigen, nach amerikanischem Muster eingestellten Wahlkampfes. Doch sie auch zum Schluß ihrer Herrschaft noch einmal einen Beutegriff in die Taschen der Steuerzahler tun, ist also nicht überraschend. Die Steuerzahler aber werden durch ihr Votum am 6. Juni dafür sorgen, daß ihre Taschen in Zukunft gegen derartige demokratisch-sozialdemokratische Beutegriffe besser geschützt sind als heute.

Kerze und Krankenkassen.

Mitglieder der Kerze Deutschlands den Eintritt des vertragslosen Zustandes gegenüber den Mitgliedern der Krankenkassen.

Die Schweiz und der Völkerverbund.

Dr. Bern, 17. Mai.

In der am gestrigen Sonntag abgehaltenen Volksabstimmung wurde der Beitritt der Schweiz zum Völkerverbund mit 410 000 gegen 320 000 Stimmen beschlossen. Die Stimmbeteiligung betrug durchschnittlich 80 Prozent.

Die Vorbesprechung zu Spa.

Spa, 16. Mai. (Havas.)

Die von den englischen und den französischen Ministern nach Schluß der Konferenz ausgegebene Erklärung lautet:

1. Die englische und die französische Regierung erkennen an, daß es im allgemeinen Interesse liegt, daß die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden unverzüglich sichergestellt wird und daß zu diesem Zweck die notwendigen Mittel so schnell wie möglich flüssig gemacht werden. Sie erkennen ferner an, daß es wünschenswert ist, daß Deutschland in den Stand gesetzt werde, durch eine rasche Erfüllung seiner Verpflichtungen seine finanzielle Autonomie wiederzuerlangen.

2. Die Regierungen glauben ferner, daß um eine Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die allgemeine Weltlage schwer belastet, herbeizuführen, und um endgültig eine Ära des Friedens herbeizuführen, es notwendig sei, zu einer Regelung der Gesamtheit aller internationalen, durch den Krieg verursachten Schäden zu kommen, und daß es parallel damit notwendig ist, die Bereinigung (apurement) der Kriegsschulden der alliierten Länder und der Wiedergutmachungsschulden der Mittelmächte sicherzustellen.

3. Infolgedessen werden die Sachverständigen der beiden Länder damit beauftragt, sofort ihren Regierungen eine Prüfung des Mindestbetrages der deutschen Schuld, der sowohl von den Alliierten angenommen werden könnte, als auch vereinbar sei mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, vorzuschlagen, des ferner die Zahlungsmodalitäten und die behinderliche Art, diese Schuld flüssig zu machen, zu bestimmen. Um die oben angeführte Absicht zu erreichen, müssen deshalb Grundlagen gefunden werden, nach denen die von Deutschland geleisteten Zahlungen zwischen den Alliierten verteilt werden können gemäß den zuvor getroffenen Abmachungen, die da, wo es notwendig ist, vervollkommen werden müssen.

Hmz. Spa, 15. Mai.

Dank der freimütigen und loyalen Ansprache in San Remo haben die Besprechungen zwischen Millerand und Poincaré und dem französischen und dem englischen Finanzminister, die heute Vormittag begannen, die besten Fortschritte gemacht, und Frankreich und England sind sich in ihrer Haltung in Bezug auf die finanziellen Wiedergutmachungen vor Anhörung der deutschen Vertreter vollkommen einig geworden. In den Vorbesprechungen verhandelte der französische Finanzminister über die Grundlagen, über welche Millerand und Poincaré sich einigen sollten. Der französische Standpunkt hält sich an die positive Erfüllung des Versailler Vertrages und will Deutschland als Wiedergutmachung der Schäden in den zerstörten Gebieten eine abgerundete Entschädigungssumme auferlegen, die in einer gewissen Anzahl von Jahren zu zahlen ist, oder eine Wiedergutmachungssumme, die in jährlichen Raten, je nach dem Wiederaufbau Deutschlands, zahlbar ist. Die englischen Kreise sind für eine präzise Festsetzung, die zwar weniger vorteilhaft ist, den Deutschen aber die Möglichkeit nimmt, Ausflüchte zu machen, und die auch eine endgültige Grundlage darstellt für die budgetmäßige Verrechnung bei den Alliierten. Die französischen Kreise legen keinen besonderen Wert auf die Form der Entschädigung, sondern suchen ein System herauszufinden, das die Rechte Frankreichs sichert und Deutschland erlaubt, diese zu erfüllen. Millerand war auch deshalb für das System einer abgerundeten Entschädigungssumme, um die Vorbereitung Frankreichs an Deutschland, in Bezug auf die Zeit, zu einer bevorstehenden zu machen. Er legt in erster Linie Wert darauf, daß die französische Finanzwirtschaft sofort und nicht durch fernliegende Renten und Rohstofflieferungen, die nötigen Mittel zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erhält, um so schnell wie möglich den nationalen Wohlstand wieder zu heben. Dies ist daher das beste System zur Lösung der finanziellen Klauseln des Versailler Vertrages.

Dr. Paris, 17. Mai.

Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ meldet, soll Millerand der Versammlung der Konferenz von Spa unter der Bedingung zugestimmt haben, daß dadurch die sofortige Ausführung der Entschädigungsklausel nicht aufgeschoben werde. Man werde sich auch in Spa mit den Vertragsverlegungen beschäftigen. Auf Veranlassung Millerands sei die Entscheidung nach Prüfung des Berichtes des Generals Klotz getroffen worden.

Der Berichterstatter glaubt hinzufügen zu können, daß die Deutschen in Spa nicht als Gleichberechtigte behandelt werden würden. Sie würden erscheinen wie jemand, der falliert habe, vor seinem Konkursverwalter. Ihre Vorschläge würden nicht in ihrer Gegenwart erörtert werden. Sie hätten nur Aussicht zu erteilen über ihre Zahlungsfähigkeit und über die Ausführungsmöglichkeiten. Die alliierten Sachverständigen allein hätten das Recht, die Entschädigungssumme, die Deutschland bezahlen müsse, festzusetzen.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ wird vor der Konferenz in Spa noch einmal eine Vorbesprechung in Paris stattfinden.

Die Räumung des Maingaues.

Nachdem die Gründe, die am 6. April zur Besetzung Frankfurts, Darmstadts und Hanau sowie des dazu gehörigen Maingaues durch französische und belgische Truppen geführt haben, von der französischen Regierung als beendet betrachtet werden, ist mit der Räumung dieses Gebietes am heutigen Montag, früh 4 Uhr, begonnen worden. Es liegen dazu folgende Meldungen vor:

Hmz. Mainz, 16. Mai.

Da General Klotz, der Chef der internationalen Militärkontrollkommission, offiziell bestätigt hat, daß die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone die vorgesehene Zahl nicht übersteigen, gab Marshall Foch den Befehl, die neu besetzten Gebiete zu räumen und die Befehle an die ehemaligen Grenzen des Brückenkopfes zurückzuführen. Die Rückzugsbewegung wird morgen (Montag) stattfinden.

Paris, 17. Mai.

Wie Havas mitteilt, hat Millerand Poincaré gestern Abend in Spa davon verständigt, daß die französischen Truppen am Montag Morgen die Mainkette räumen.

Frankfurt a. M., 16. Mai.

Wie die französischen Behörden den hiesigen Amtsstellen heute früh mitteilten, beginnt die Räumung Frankfurts und des Maingaues am Montag, 17. Mai, früh von 4 Uhr ab. Um während der Räumung unliebsamen Vorfällen vorzubeugen, fordert die französische Behörde für Mainz früh die Stellung von Geiseln, und zwar Regierungspräsident Cohnmann, Oberbürgermeister Volz, Polizeipräsident Ehrler, Stadtverordnetenvorsteher Kopf, Stadtrat Dr. Rumpf und Stadtverordneten Lion. Außerdem muß eine Bürgschaftssumme von 1 Million Mark hinterlegt werden.

Wie wir hören, erhielt die Polizei einen erheblichen Teil der ihr vor einer Woche von den Franzosen abgenommenen Gewehre zurück.

Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. erstet anlässlich des für heute angesetzten Abzuges der französischen Besatzungstruppen eine Mahnung zur Besonnenheit an die Bevölkerung. Die Vorbedingung des Abzuges der Truppen sei, daß sich, solange sich noch der letzte französische Soldat in den Mauern der Stadt befindet, keinerlei Zwischenfall irgendwelcher Art, insbesondere keinerlei Provokationen gegenüber den Truppen, ereignen. Die Stadt habe eine sehr große Summe als Bürgschaft für das Wohlverhalten der Bevölkerung hinterlegen müssen, außerdem habe der französische Kommandierende General mehrere Bataillone aus verschiedenen Städten für die Zeit des Abzuges einberufen und persönlich für die Ruhe und Ordnung beim Abzug seiner Truppen verantwortlich gemacht. Es liege also im eigenen Interesse aller Kreise der Bevölkerung, jede Kundgebung während des Abzuges zu unterlassen und während der ganzen Dauer des Abzuges in vollster Ruhe zu verharren. Diese Bekanntmachung erschien in den frühesten Morgenstunden an den Aufschlagkästen. Neben diesem Plakat wurde noch einmal die erste Bekanntmachung des Befehlshabers der alliierten Besatzungstruppen vom 6. April angeschlagen und darunter in auffälliger Schrift gesetzt: „Die Franzosen halten ihr Wort. Der Generaloberbefehlshaber der französischen Rheinarmee: Degoutte.“

Wir erhalten noch folgende Drahtmeldungen:

Die Räumung Frankfurts durch die Franzosen hat heute früh 4 Uhr begonnen. Bis 7 Uhr morgens hat ein großer Teil der Truppen die Stadt bereits verlassen. Die Zurückbleibenden sind ebenfalls marschbereit. Zwischenfälle haben sich bisher nicht ereignet. Die Abzugsstraße und auch die bisher von den Franzosen besetzten Lokale sind von der blauen Polizei besetzt worden, die in voller Stärke aufgestellt ist.

Auch in Darmstadt ging die Räumung bisher ohne Zwischenfälle vor sich.

Hanau ist bereits vollständig geräumt.

Wird der Sultan abdanken?

Paris, 16. Mai.

Havas veröffentlicht eine Meldung des Konstantinopeler Berichterstatters der „Associated Press“, wonach der Sultan beabsichtige, zum Zeichen des Protestes gegenüber den schweren Bedingungen des Friedensvertrages, abzutreten.

Der amerikanische Senat für Beendigung des Kriegszustandes.

Hmz. Washington, 16. Mai.

Der Senat nahm mit 43 gegen 38 Stimmen eine Resolution an, die den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten, Deutschland und Österreich als beendet erklärt. Diese Resolution wird dem Kongress und der Kammer noch vorgelegt werden.

Finanzminister Dr. Becker über die politische und wirtschaftliche Lage.

Die Deutsche Volkspartei hat allen Grund, mit dem Erfolg ihrer vierten Wählerversammlung zufrieden zu sein. Brachten die vorhergehenden Versammlungen den Frauen, Beamten und Angehörigen die erwünschte Aufklärung über die Stellungnahme der Partei zu den sie besonders berührenden Fragen, so gab die vierte einer überaus zahlreichen Anhängerschar Gelegenheit, aus den Ausführungen des hiesigen Finanzministers a. D. Dr. Becker über die „wirtschaftliche und politische Lage“ die nötigen Schlüsse zu ziehen.

Herr Dr. Becker ist kein Mann der Pose. Die Worte des Volkstribunen braucht er nicht, um den Fluß seiner Augen, von Praxis, Wissen und Verantwortungsgefühl getragenen Worte über das Ufer des Alltäglichen treten zu lassen. Was er spricht, sind keine theoretischen und utopischen Äußerungen eines auf Täuschung der Masse ausgehenden Wahlmachers, sondern tiefer Ernst, umfangreiche Kenntnis der Lage und der Dinge, die sie bilden, spricht ebenso aus seinen Worten wie Erfahrung und Sachlichkeit. In den Parlamentariern verkörpert sich das Gewissen und das Wesen der Parteien. Die Deutsche Volkspartei kann auch nach Dr. Beckers Rede mit Ruhe und in bester Stimmung den Wahlen entgegensehen. Denn ihre Anhänger und Freunde haben an diesem Abend wieder empfunden, daß in dieser Partei nicht schöne Worte gesprochen, sondern gehandelt werden wird, daß nicht Demagogen und Ideologen den Ton angeben, sondern Männer der Tat und des praktischen Wissens.

Herr Dr. Becker verglich in der Einleitung seiner großangelegten Rede die Reichstagswahlen mit den Wahlen vom Januar 1919 und kam zu dem Schluß, daß die bevorstehenden Wahlen ein im Ganzen der politischen Aufsicht viel mehr entsprechendes Bild, als die Januarwahlen bringen würden. Der Revolutionsprophet von damals, die die Scharen ins bürgerliche und sozialistische demokratische Lager trieb, sei die Ernüchterung gefolgt, nachdem alle hoffnungsvollen Prophezeiungen und Versprechungen der Mehrheitsparteien sich nicht erfüllt hätten. Die Bevölkerung habe politisch zu beobachten gelernt und am eigenen Leibe festgestellt können, was von den Versprechungen gehalten worden sei und was nicht. Wenn in der Nationalversammlung die bürgerliche Mehrheit nicht so in die Ereignisse getreten sei, wie es die Optimisten nach dem Wahlergebnis erhofften, läge die Schuld nicht auf Seiten der Deutschen Volkspartei, sondern bei den Parteien, die — einem alten schlechten Brauch folgend — über Parteiprogramme und Parteischranken nicht hinausschauen können. „Der Feind steht rechts“ sei der Zeitgedanke der Demokraten gewesen, man tue der gesamten Politik der letzten 1½ Jahre nicht unrecht, wenn man behauptet, sie sei nach sozialdemokratischem Rezept gebräut und nur mit einem bürgerlichen Etikett versehen worden.

Die Tätigkeit der Nationalversammlung, die eigentlich nur zum Abschluß des Friedens und zur Schaffung einer Verfassung gewählt war, beleuchtete Herr Dr. Becker mit knappen klaren Worten. Er erläuterte den Friedensvertrag mit seinen auch für unsere Gegner verständlichen wirtschaftlichen Folgen und erklärte es sei schwer gewesen, einen glücklichen Frieden nach dem unglücklichen Abschluß des Waffenstillstandes zu erlangen. Doch müsse der Regierung zum Vorwurf gemacht werden, daß der Abschluß des Friedens lediglich durch den Mann (Ersberger) erfolgt sei, dem wir die Waffenstillstandsbedingungen verdanken und der nie im rechten Augenblick einen sachverständigen Menschen am Rat gefragt habe. Redner sollte noch einmal die ganze Geschichte dieses Friedensvertrages, von dem Scheidemann gesagt hatte, daß die Hand verdorren solle, die ihn unterzeichnete, auf erinnernde Art die ible Gefühlswunde in der Deutsche gekostet hatten, daß die große kommende Völkerverbrüderung und schon wieder aus ihm herausbringen würde, nagelte nochmals das schlagende und unser Ansehen völlig vernichtende Schauspiel fest, das der Untersuchungsausschuß der Welt sah und sagte unter dem stürmischen Beifall der Versammlung, daß diese mit dem Vertrag verbundenen Tausenden und Tausenden mühten, um diejenigen zu verurteilen, die ihn unterzeichnet hätten. Doch nun müsse er gehalten werden denn es sei nicht deutsche Art Versprochenes nicht auszuführen.

In der zweiten Ausgabe der Nationalversammlung, das durch die Revolution Gewordene in einer neuen Verfassung in neue Formen zu gießen, erklärte Herr Dr. Becker u. a.: Wir waren vor dem 9. November Monarchisten und sind heute noch. Wir verstehen es nicht, so rasch unsere Bestimmung und Ausrichtung zu wechseln wie diejenigen, die vor ihrem Fürsten und seinem Orden vor der Revolution in Ehrfurcht erkorben sind. Doch nicht nur Gefühlsmomente, sondern auch der praktische Gesichtspunkt ist für uns maßgebend, daß ein Volk, das so wie das deutsche so leicht zur Verfallung neigt, von einer monarchischen Spitze besser zusammengehalten wird. Doch über der Frage der Staatsform steht uns heute der Wiederaufbau. Erst wenn wir mit diesem moralischen, wirtschaftlichen und politischen Aufbau fertig sind, können wir uns über die Frage der Staatsform unterhalten. Wir lehnen es deshalb ab, außerhalb der Verfassung nach einer anderen Staatsform zu suchen. Die bekannten, von der Deutschen Volkspartei beklagten Mängel der Verfassung: Änderung der Landesfarben, Durchführung mit dem Gedanken, daß nur die formale Demokratie den Wiederaufbau ermöglichte, Reichen der starken Staatsgewalt, Ohnmacht des Präsidenten usw. schilderte Dr. Becker ausführlicher, als der Raum erlaubt, wiederzugeben.

Über die wirtschaftliche Lage führte er aus: Die Koalitionsparteien der Nationalversammlung waren aus der Revolution belastet mit dem achtstündigen Arbeitstag ohne Rücksicht auf Art und Weise der Arbeit selbst. Der Regierung muß man zum Vorwurf machen, daß sie nicht den Mut fand, die Massen mit dem wirtschaftlichen Gedanken zu erfüllen, mehr zu arbeiten, weil mehr produziert werden mußte, damit mehr und billiger Lebensmittel ins Land kommen konnten. Und daß sie nicht versucht hat, rechtzeitig mit dem Aufzug in der Erwerbslosenfürsorge aufzuräumen. Ferner falle auf das Schuldkonto der Regierung die schreckliche Verwirrung des Gedankens der Sozialisierung. Was bei der Sozialisierung für den Steuerzahler herauskomme, zeigte die Eisenbahn mit ihren 14 Milliarden Verlusten. Das Betriebsrätegesetz, das nur Unfrieden in die Betriebe trage und zu ihrer Rentabilität nicht das geringste beitragen könne, erläuterte in seiner Enttarnung Herr Dr. Becker ebenso, wie er die Zwangswirtschaft und ihre demoralisierenden Folgen in längeren Ausführungen schilderte. Daß der beste Gewerkschaftsführer keine Wirtschaftspolitik treiben kann, wenn er kein Fachmann ist, stellte Redner auf der unglücklichen Konsumtentpolitik und dem Prämissen des verfallenen Landwirtschaftsministers fest. Daß dann unsere Finanzpolitik dem Fachmann Becker rechtlich ge-

Ausgabe-Stellen der Wiesbadener Zeitung.

1. Bismarckstraße 23, Gde Bleichstraße, Jean Spring, Kolonialwarengeschäft.
2. Friedrichstraße 11, Theodor Witten, Kolonialwarenhandlung.
3. Geisbergstraße 1, Gde Taunusstraße, Buch- u. Papierhandlung Dörtenbeck.
4. Gneisenaustraße 15, A. Sorinzer, Kolonialwarengeschäft.
5. Herderstraße 23, Ernst Goller, Kolonialwarengeschäft.
6. Kaiser Friedrich-Ring 14, Peter Otho Racht, Joh. Friedr. Manfard, Kolonialwarengeschäft.
7. Langgasse 20, W. Dittel, Zigarrenhandlung.
8. Mauritiussstraße 14, Ludw. Müller, Papiergeschäft.
9. Drancienstraße 45, Gde Herderstraße, P. Schumacher, Papierhandlung.
10. Röderstraße 45, Salentin Benz, Kolonialwarenhandlung.
11. Schulgasse 2, Papierhandlung Karl Gerich.
12. Schwalbacher Straße 91, Otto Kunkelbach, Kolonialwarengeschäft.
13. Sedanplatz 3, G. Jung, Kolonialwarenhandlung.
14. Webergasse 54, Stephan Ruhmlich, Kolonialwarenhandlung.
15. Westrichstraße 16, Karl Hess, Kolonialwarengeschäft.
16. Westendstraße 36, Wilhelm Schlemmer, Drogerie.

In diesen Ausgabe-Stellen abgeholt kostet die „Wiesbadener Zeitung“ monatlich 4.— Mk. (frei Haus 5.— Mk.)

Befehls- und Anfragen aller Art, Nachsendungs- und Druckkosten-Bestellungen bitten wir nach wie vor an die Hauptverwaltungsstelle Nikolassstr. 11 (Büro-Nr. 5515, 5516, 5517) zu richten.

legenheit zu sachlich geführten und bewiesenen Vorträgen gegen die Regierung und ihre Einrichtungen gab, ist selbstverständlich. Unsere Schuldenlast ist in 5 Kriegsjahren um 145 Milliarden Mark, in 1½ Friedensjahren um 60 Milliarden gestiegen, und in diesen 1½ Jahren waren nicht mehr 10 Millionen Männer zu versorgen und auszurüsten, war kein Kriegsmaterial mehr zu erzeugen, sondern solches zu verwerten! An drastischen Beispielen schilderte Redner die Verschwendung, die bei uns getrieben wird und wird. Wie das Meeresmaterial nach Schiffsversenkung noch heute durch ständige Vermehrung des Beamtenapparates betrieben wird. Ebenso scharfe Kritik übte Dr. Becker an der Steuerpolitik Ersbergers, der auf die schwerwiegenden Gegenstände der Deutschen Volkspartei nur die Antwort hatte: „Das gehen mich Ihre Gründe an, ich bin meiner Mehrheit sicher!“ Auch das völlige Verlangen der Koalitionsregierung vor der Gefahr von links, der Generalstabs, die Auslieferung Schiffer, die Verhandlungen mit der roten Armee, die Verschlimpfung auch der verfassungsmäßigen Reichsverfassung, waren Angelegenheiten, über die sich Herr Dr. Becker klar und unter lebhaftem Beifall aussprach.

Daß das wenig schöne Bild, das er gezeichnet hatte, wohl sein müsse, bewies die Kritik in den Koalitionsparteien. Die bekannten Sezessionsbewegungen, die bei der Demokratie zu einem Absinken großer Massen führte, wie Redner, ohne zu übertreiben, feststellen zu können glaubte, schilderte er kurz, um gleichzeitig davor zu warnen, allzu sehr auf den Zulauf aus anderen Parteien zu vertrauen. Und es ist ein Zeichen für unsere gesamte Lage und die Auflösung führender Kreise von ihr, daß Herr Dr. Becker mit warmen Worten und der Hoffnung schloß, daß das Wirtschaftsparlament bald neben dem Reichstag alle Berufe und Stände zur tätigen Mitarbeit am Aufbau unseres Vaterlandes vereinigen möchte.

An der Diskussion, für die wegen der vorgeschrittenen Zeit 10 Minuten Redezeit festgesetzt wurden, beteiligten sich zwei von der Deutsch-demokratischen Partei gestellte Redner. Mit einer für seinen Beruf als Parteiführer erfreulichen jugendlichen Begeisterung trug Herr Hermann von der Rostauischen Landesbank ausbreitend einen Ausflug auf das Gebiet beweislicher Behauptungen und gut gemeinter Reden ebenfalls demokratischen Geistes in die liberale Versammlung tragen zu müssen. Die Unübersichtlichkeit war jedoch von dem Wert des Gehörten so wenig überzeugt, daß sie durch lebhafteste Schlußrufe den ersten Redner um Vermeidung seines Vortrags ersuchte und die Ungeduld ließ bei der Rede des zweiten Herrn zu einer solchen Höhe, daß der nach Ablauf der 10 Minutenfrist durch den Leiter der Versammlung, Herrn Rechtsanwalt K r a d e, herbeigeführte Schluß der Ehlermannschen Rede mit kurzem Zustimmung bekräftigt wurde.

Wir bedauern sehr, daß den beiden Herrn keine längere Redezeit gegeben werden konnte. Denn nichts konnte besser die Wichtigkeit der von liberalen, nicht demagogischen, von praktischen, nicht utopischen Gesichtspunkten getragenen Politik der Deutschen Volkspartei beweisen, als diese beiden Reden. Es war Herrn Dr. Becker und seiner sachlich vornehmen Art ein leichtes, die Kämpfe der Demokratie elegant abzuführen und durch seine Gegenrede den Erfolg der Versammlung noch größer zu gestalten.

H. Gz.

Korantys Mißerfolg.

Das Mikaliden des polnischen Generalstabs in Oberschlesien ist eine Niederlage Korantys und hat die Schwäche der polnischen Stellung erschreckend enthüllt. Wie die „Neue Oberschlesische Volkszeitung“ aus „durchaus zuverlässigen, mit den polnischen Führern in Fühlung stehenden Kreisen“ erzählt, habe Koranty mit dem Generalstabschef sich Gewißheit über die Stärke seiner Gefolgschaft bei der Volksabstimmung verschaffen wollen. Bei einem Mik-

den lange vorbereiteten Einmarsch zu befürworten. Die Alarmmeldungen über angeblich 30 000 deutsche Reichswehrsoldaten in Biala schienen ebenfalls diesen Plan vorzuziehen zu lassen.

Das klägliche Ergebnis wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß in Königsberg, einer Stadt von 80 000 Einwohnern und mindestens 30 000 Abstammungsberechtigten, nur einige hundert Personen an diesem sogenannten Generalstreik teilgenommen haben. Die Versorgung mit Licht und Kraft ist nirgends unterbrochen gewesen. Dieses Ergebnis des Streiks liefert auch der internationalen Kommission gegenüber den besten Gegenbeweis gegen die Behauptung, daß in Oberschlesien eine polnische Mehrheit vor einer dünnen deutschen Oberschicht regiert werde.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 17. Mai.

Die Milchpreisfrage. Die Kreisbauernschaft Wiesbaden bittet uns um Veröffentlichung folgender Sätze: Nachdem wir seit Monaten in Erwartung einer behördlichen Regelung mit einem Milchpreis zufrieden waren, der kaum die Hälfte der Erzeugungskosten darstellt, und nachdem unsere mit genauen Kostenberechnungen überreichten Forderungen wohl von den hiesigen Behörden mit Verständnis aufgenommen, aber von den Staatsbehörden abgelehnt wurden, sind wir vom 18. Mai ab außerhande, Milch zu liefern, falls die Staatsbehörden auf ihrem bisherigen Standpunkt beharren. Auch in diesem äußersten Falle werden wir die Versorgung der Säuglinge mit Milch sicherstellen. Diese Sicherstellung können wir jedoch nur dann gewährleisten, wenn von polizeilichen Eingriffen, die uns in Verantwortung unserer Forderung angedroht sind, Abstand genommen wird. Wir erblicken eine Wendung der Ernährungsschwierigkeiten bezüglich der Milch, wie auch anderer Lebensmittel nur in der Hebung der Produktionsrendite der heimischen Landwirtschaft, der ausreichende Preise zugestanden werden müssen, daß sie arbeiten und das zur Erzeugung nötige kaufen kann. Kreisbauernschaft Wiesbaden-Land, Kreisbauernschaft Untertannus, Kreisbauernschaft Limburg, 13. landw. Bezirksverein, Vereinigung der Milchproduzierenden Landwirte.

Auszeichnungen. Herr J. V. Schäfer, Inhaber des photographischen Ateliers Nikolassstraße 22, erhielt das Verdienstkreuz für Kriegsdienste. — Die Rote Kreuz Medaille 2. Klasse wurde an folgende Mitglieder der freiwilligen Sanitäts-Kolonnen Wiesbaden verliehen: Buchhalter Schweizer, Friseur Joseph Baitz, Moritzstraße 23, Kaufmann Pfeiffer, Schneider Möller, hiesiger Arbeiter Beil und Dentist Sadowski.

Der Neubau von 400 Wohnungen für die Besatzung. Das Volkswort verbreitet folgende Meldung aus Berlin, 16. Mai: „Nach der Deutschen Allg. Ztg.“ verlangen die französischen Behörden in Wiesbaden zu den schon beklagten fünfzehnhundert Wohnungen noch vierhundert andere. Die Stadt wird deshalb vierhundert Gebäude bauen lassen, die dem Reich zwölf Millionen Mark kosten werden.“ Es ist außerordentlich bedauerlich, daß das amtliche Büro Nachrichten verbreitet, ohne ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Die Stadt Wiesbaden baut die 400 Wohnungen befallig nicht, weil sie von den Besatzungsbehörden noch zu den geistlichen fünfzehnhundert verlangt werden, sondern um die vielfach durch Zwangsversteigerung untergebrachten Offiziere und Beamten in diesen Neubauten unterzubringen und der durch die Belegung der Wohnungen entfallenden Wohnungsnot zu heuern. Wir halten uns für verpflichtet, die falsche Meldung des Volksworts richtig zu stellen.

Verein für Krüppelfürsorge. Der Verein für Krüppelfürsorge hielt am Freitag vergangener Woche im Landeshaus seine 5. ordentliche Mitgliederversammlung ab. Die Berichte, die der Vorsitzende und der leitende Arzt des Kinderheims gaben, ließen die großen Schwierigkeiten erkennen, mit denen diese gemeinnützige Anstalt unter der Forderung zu kämpfen hat. Die Ausgaben hatten sich in diesem Jahr fast verdoppelt, sie stiegen von 48 000 auf 80 000 M. Die Verpflegungskosten erhöht sich von 3 auf 6 Mark im Tag. Als sehr vorteilhaft für die Kleinen wurde die Ueberführung in das neue Heim in der Wiebicher Straße empfunden. Das Heim bietet Unterkunft für 40 Kinder. An freiwilligen Spenden sind im abgelaufenen Betriebsjahr über 2200 Mark eingegangen. Das Vereinsvermögen beträgt zurzeit 488 000 Mark. Wir möchten uns der in der Hauptversammlung mehrfach geäußerten Mahnung anschließen, bei Spenden für gute Zwecke auch den Verein für Krüppelfürsorge zu bedenken.

Das Problem der Sozialisierung im Wohnungs- und Bauwesen. Die Mieterschutzversammlung am 12. Mai beschäftigte sich ausschließlich mit diesen Fragen und in Veränderung eines auswärtigen Referenten hatte es der erste Vorsitzende, Herr Direktor Abt, der auch die Versammlung leitete, übernommen, die verschiedenen Vorschläge auf diesem Gebiete zu erörtern. Es wurde betont, daß jeder Reform mit dem Grund- und Bodenbesitzrecht zu beginnen habe, alle, auch die überbauten Grundstücke in den Allgemeinen Besitz zurückzuführen, entschuldigt und der Spekulation entzogen werden müssen, welche den größten Krebsgeschaden heute bedeute. Derartige Reformbestrebungen seien zu allen Zeiten und bei allen Völkern aus den frühesten Zeiten bekannt und heute treten die Bodenreformer und auch bereits einzelne gesetzgeberische Maßnahmen für eine grundlegende Änderung ein. Bezüglich der Wohnungsreform vor, die eingehend erörtert wurden. Der Referent entwickelte hierzu seine eigenen seit Jahren von ihm vertretenen Ansichten und Forderungen, die sich ebenfalls hauptsächlich gegen die Spekulation wenden und eine Verbilligung des Wohnungs- und des Heimstättenbaues ermöglichen können. Derauf wurden die Vorschläge zur Sozialisierung des Bauwesens erläutert. In der Aussprache entwickelte ein Vertreter der Bodenreformer deren Forderungen. Herr Droßig sprach die Berechtigung und Notwendigkeit des Mieterschutzes. Entgegen der Erklärung der Hausbesitzerorganisation habe man von dieser Seite niemals ernstlich einen Ausgleich gesucht, vielmehr zuerst die Mieterorganisation scharf angegriffen und übergehe auch einfach die Tatsache der zum Zwecke eines friedlichen Ausgleiches bis Ende vorigen Jahres erfolgten Verhandlung mit Vertretern des Hausbesitzes im Rathaus, wenn auch zunächst nicht mit dem Hausbesitzerverein, dessen abschließende Stellungnahme und Kompromisse direkte Verhandlungen nicht zuließ. Zum Schluß erfolgte noch ein kurzer Bildervortrag über Wohnkampf- und Wohnheimebau zur Ermutigung und Verbilligung des Kleinhausbaues, mit dessen Hilfe in der Nachbarstadt Wehrich eine Baugenossenschaft 32 Häuser errichte, von denen zwei bereits nahezu fertig gebaut sind. Rühmende Entschädigung wurde angenommen: Die am 12. Mai in Wiesbaden versammelten Vertreter aller Parteien und Bevölkerungsklassen fordern angesichts der katastrophalen Wohnungsnot und ihrer noch zunehmenden Verschärfung, anstelle des



HAWA

Dreschmaschinen

Gediegene Bauart — Reiner Drusch
Gute Sortierung — Geringer Kraftbedarf
Sofortige Lieferung

HANNOVERSCHE WAGGONFABRIK-AKT.GES.

HANNOVER-LINDEN

Nassauisches Landestheater.

Montag, 17. Mai, abends 7 Uhr. (H. Vork.) Abonnement G.

Femina.

Ein philosophisches Lustspiel in drei Aufzügen von E. v. Hoffmann und J. B. Socman. Deutsch von Eise Lira.

Dr. Jan van Tricht, Kerkmeester Oskar Albert
Egbert Goedrecht Walter Steinbeck
Jeanne Goedrecht, eine jg. Witwe, Egberts Schwägerin Julia Verjen
Willy, eine alte Dienstmagd bei Jeanne Maria Ruhn
Ein Dienstmädchen bei Dr. van Tricht Annie Birkenhof
Das Stück spielt im Haag in der Gegenwart.

Ende gegen 9.15 Uhr.

Schauspielplan: Dienstag, 7 Uhr: Der Barbier von Seville. Ab. 8. — Mittwoch, 7 Uhr: Das holländische Gold. Hier: Der Schleier der Pierrette. Ab. 8. — Donnerstag, 5 Uhr: Verfall. Aufgebot. Ab. — Freitag, 6.30 Uhr: Die Frau. Ab. 8. — Samstag, 7 Uhr: Die Mutter. Ab. 8. — Sonntag, 6.30 Uhr: Götter. Aufg. Ab. — Montag, 3 Uhr: Die drei Schillinge. (Sonderverkauf.) 7 Uhr: Die Götter. Aufg. Ab. — Dienstag, 6.30 Uhr: Die verlorene Tochter. Ab. 8. — Mittwoch, 7 Uhr: Das holländische Gold. Hier: Der Schleier der Pierrette. Ab. 8. — Donnerstag, 7 Uhr: Götter und Dämonen. Ab. 8.

Residenz-Theater.

Montag, den 17. Mai 1920. Abends 7.30 Uhr.

Das süße Mädel.

Operette in 3 Akten von Alexander Landesberg und Leo Stein.

In den Hauptrollen: Emma Carl, Emma Peters, Hilse Sturm; die Herren: Oskar Bugge, Karl Ehrhardt-Dardt, Kurt Stolzenberg, Hermann Hornthal, Josef Wildt.

Ende 10 Uhr.

Schauspielplan: Dienstag: Der Vogelkundler. — Mittwoch: Wiener Blut. — Donnerstag: Das Glücksmädel. — Freitag: Das süße Mädel. — Samstag: Ihre Gehet, die Tänzerin. — Sonntag, nachm.: Die Puppe. Abends: Ihre Gehet, die Tänzerin. — Montag, nachm.: Bruder Reichmann. Abends: Das süße Mädel.

Kurhaus zu Wiesbaden.

Montag, 17. Mai, nachm. von 4—6.30 Uhr: Tanz-See im H. Konzertsaal. Nachmittags 4 Uhr: Kein Konzert.

8—9.30 Uhr. Abend-Konzert. 20. Abonnements-Konzert.

Ausgef. v. d. Kapelle des Städt. Musik-Vereins. Leit.: Herr A. Schwarze.

1. Die Regimentskinder, Marsch von J. Juch. — 2. Ouvertüre zu „Dichter und Bauer“ von Suppé. — 3. Frühlingserwachen, Romanze von Bach. — 4. Bei uns ist's schön, Walzer von Joh. Strauß. — 5. Fantasie auf der Oper „La Traviata“ von Verdi. — 6. Mädel jung gefreit, Lied aus der Oper „Die Hölle“ von W. Koll. — 7. Polka aus der Operette „Der fidele Bauer“ von Leo Fall. — 8. Trenn dem Vaterland, Marsch v. Schüller.

Mainzer Stadt-Theater.

Montag: „Blanco Farnet“ u. „Die große Katharina“.



Samstag, den 22. Mai 1920, abends 8 1/2 Uhr im Kurgarten:

HANNELORE ZIEGLER

Plastik u. Tänze eigener Gestaltung

nach Chopin, Massenet, Ganne, Strauss, Henriques,

unter Mitwirkung des Städt. Kurorchesters.

Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Fichter.

Nur nummerierte Plätze: I. Platz 10 Mk., II. Platz 8 Mk. (Vorherige Kartenlösung dringend erwünscht).

Bei ungünstiger Witterung findet die Tanzveranstaltung im grossen Saal statt, in welchem Falle die bereits gelösten Karten im Laufe des Veranstaltungstages in nummerierte Saalkarten umzutauschen sind.

1214] Städtische Kurverwaltung.

Von der Reise zurück!

A. Einthoven,

in der Schweiz und in Holland approbierter Zahnarzt.

— Ecke Langgasse und Webergasse. —

Webergasse 37

Simplicifimus

Telefon 1028

Am Flügel:
ROLF v. STAHL.

SPIEL-FOLGE:

Vom 16.—31. Mai.

Art.-Leit.:
WALDEMAR KEITEL.

Norbert Stein! Willy Ziegler!

und das übrige reichhaltige Mai-Programm,

Beginn pünktlich 8 Uhr.

Während des Cabaret-Programms

TANZ

Souper.

Gut gepflegte Weine.

Souper.

1209

Offene Stellen

Fransösischer Herr sucht

Köchin

die gute franz. Küche Koch. kann u. möglichst franz. spricht. Off. unt. N. 943 an die Geschäftsst. d. W. Nikolaistraße 11. (93719)

Properes jüngeres Alleinmädchen

sucht

Frau Heinrich Schwend,

Mühlgasse 15, 11. (93719)

Bum 15. 5. od. 1. 6 wird ein Mädchen,

das Kochen kann und etwas Hausarbeit übern. gesucht. Hausmädchen vorhanden. Bon. hell, ledere. Leberberg 3, 2. (93719) Gleich. brav. Hausmädchen. (Zweitmädchen) gef. Mainzer Straße 44. (93719)

Zweites Hausmädchen

gut empfohlen, findet baldm. gute dauernde Stelle. Gultav Krentzschmar, 9. Burand. (93719)

Ordentl. Mädchen

für sofort gesucht bei autem Pohn. Dr. Meis. Philippsbergstraße 11. (93719)

Züchtiges sauberes Mädchen

sofort gesucht „Gaulucci“, Goldgasse. In melden im Büro von 8—12 und 3—7 Uhr. (93719)

5—6 jüngere anständige Mädchen

für leichte Papierarbeiten gef. Drud. Schilke, Heinenstr. 4. (93719)

Bekanntmachung.

Der Gründungsberaum der lt. notariellen Protokoll unterm 29. März 1920 errichteten Parthotel Aktien-Gesellschaft und Restropole-Ronapole-Aktien-Gesellschaft, beide in Wiesbaden, ist von den durch die Handelskammer beauftragten Revisoren geprüft worden. Interessenten können die Prüfungsberichte in der Geschäftsstelle der Handelskammer einsehen. Wiesbaden, den 15. Mai 1920. Die Handelskammer. (1211)

Badenweiler

Thermalbad und klimatischer Kurort 450 Meter ü. d. M.

Schönster Aufenthaltsort d. südl. bad. Schwarzwalds

Kurzeit ab 1. April.

Ausk. u. Prosp. durch die Kurdirektion Abtl. N.

Besucht zu Pfingsten Kurhaus Schlangenbad!

Hotel — Restaurant — Café. — — — Täglich 3 Konzerte.

(M. 1621)

Rüdesheim a. Rh.

Der „Darmstädter Hof“

— Die bekannte Gaststätte. —

(12115)